

„Mit einer Stimme sprechen“

FAMILIENUNTERNEHMEN UND POLITIK

Familienunternehmen haben in der Politik bisher nicht die Rolle gespielt, die ihnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung angemessen wäre. Andrea Przyklenk sprach mit Prof. Dr. Dr. h. c. Brun-Hagen Hennerkes, Gründer und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, über die Gründe und darüber, was nötig wäre, um den Familienunternehmen mehr politisches Gewicht zu verleihen.

Haben die 2,9 Millionen Familienunternehmen eine angemessene Lobby in Berlin?

Prof. Brun-Hagen Hennerkes: Nein. Die Familienunternehmen haben viel zu lange politisch geschwiegen. Dabei

Die Stiftung Familienunternehmen hat wesentlichen Anteil daran, dass die Belange von Familienunternehmen heute in der Öffentlichkeit und von der Politik wahrgenommen werden.



Die Stiftungsvorstände Brun-Hagen Hennerkes (li.) und Alfons Schneider mit Minister Karl-Theodor zu Guttenberg.

sind die Voraussetzungen für ein verstärktes Engagement so gut wie nie zuvor. Immerhin haben sich Forschungsstand und Know-how hinsichtlich der Familienunternehmen und die Qualität ihrer Interessenvertretungen in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Warum klappt es bisher trotzdem nicht so richtig?

Die Familienunternehmen sprechen nicht mit einer Stimme. Das ist ein großes Problem für die Politik, die gerne einen Ansprechpartner hat. Familienunternehmen sind eine äußerst heterogene Gruppe. Sie kommen aus unterschiedlichen Branchen, haben verschiedene Rechtsformen und nicht einmal eine halbwegs einheitliche Größe. Die multinationalen Unternehmen haben eigene Vertretungen in Berlin

oder Brüssel etabliert, um ihren – und ausschließlich ihren – Partikularinteressen Nachdruck zu verleihen. Hinzu kommt, dass sich diese Größtunternehmen, zumeist internationale Branchenriesen, auch mehrerer Kanzleien bedienen, die in letzter Zeit bei der Gestaltung der Gesetzestexte einen großen Einfluss ausüben konnten.

Im Bundestag sitzen nur etwa sieben Prozent Selbstständige. Weshalb engagieren sich nicht mehr Unternehmer?

Prinzipiell stellen Politik und Unternehmertum keinen Widerspruch an sich dar. Allerdings sehen Unternehmer verschiedene Hindernisse. Da ist zum einen das Zeitproblem.



Stiftungsvorstand Hennerkes mit Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Krisengipfel.

Zum anderen besteht die Befürchtung, dass durch parteipolitisches Engagement Zwist in den Betrieb getragen wird, und dass die Öffentlichkeit das Engagement als Vehikel abstempelt, um sich wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Solchen Entwicklungen kann der Unternehmer jedoch durch Transparenz und Ehrlichkeit entgegenwirken.

Was können Unternehmer tun, die sich nicht parteipolitisch engagieren, aber doch etwas bewirken wollen?

Sie sollten den direkten Dialog suchen. Viele Familienunternehmer suchen und pflegen bereits einen sehr regen und kontinuierlichen Austausch auf regionaler und kommunalpolitischer Ebene. Sie laden Bürgermeister und Länderminister regelmäßig zu Begehungen in ihre Betriebe und zu

Gesprächen ein. Hier ist der Kontakt eng und nicht nur auf Jubiläumsjahre oder Vorwahlkampfzeiten beschränkt. Die Politiker lernen die Sichtweise und die Schwierigkeiten der Unternehmer aus erster Hand kennen.



Prof. Dr. Dr. h. c. Brun-Hagen Hennerkes ist Rechtsanwalt und Seniorpartner der Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz in Stuttgart, Gründer und Vorstand der gemeinnützigen Stiftung Familienunternehmen. Er ist Honorarprofessor für Unternehmenssteuerrecht an der Universität Stuttgart sowie Professor am Lehrstuhl für Privat-, Gesellschafts- und Steuerrecht in Familienunternehmen an der Universität Witten/Herdecke.

Können Verbände, Stiftungen und andere Organisationen eine Alternative zu parlamentarischer Arbeit sein?

Selbstverständlich. Die Politik ist auf die Praxis angewiesen. Hier haben Stiftungen und Verbände eine wesentliche und bedeutende Scharnier- bzw. Mittlerfunktion. Mit Think-Tanks, Berechnungsbeispielen, Forschung, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit untermauern sie die Anliegen der Familienunternehmen und können Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Beispiele dafür sind das Erbschaftsteuergesetz und das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung

(VorstAG). Bei letzterem wurde zum Beispiel § 100 Absatz 2 Satz 1 im Sinne der Familienunternehmen geändert. Der Gesetzentwurf sah vor, dass Vorstände erst nach zwei Jahren in den Aufsichtsrat wechseln dürfen. Für Familienunternehmen undenkbar. In der Änderung wurde ein Absatz eingefügt, der besagt, dass ein direkter Wechsel aus dem Vorstand in den Aufsichtsrat möglich ist, wenn die Wahl in den Aufsichtsrat auf Vorschlag von Aktionären erfolgt, die „mehr als 25 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft halten“, also in der Regel die Gesellschafterfamilie.

Wie sieht die Arbeit Ihrer Stiftung aus? Was können Sie für Familienunternehmen tun?

Wir leisten viel Grundlagenarbeit. Wir machen die Familienunternehmen, ihre Werte und ihre Bedürfnisse bekannt und erhöhen ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Natürlich bemühen wir uns dafür auch um gute Kontakte zu den entscheidenden Personen in der Politik. Damit sind wir recht erfolgreich. Wir haben zum Beispiel den „Tag des Deutschen Familienunternehmens“ initiiert, wo der direkte Kontakt zwischen Familienunternehmern und Bundespolitik hergestellt wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Guido Westerwelle und Minister Karl-Theodor zu Guttenberg haben sich bei dieser Gelegenheit schon mit den Unternehmern unterhalten. Von einem solchen Austausch profitieren beide Seiten, weil sie Verständnis für die Arbeit der jeweils anderen Seite erhalten und den einen oder anderen Weg besser gemeinsam gehen können. ■

► WWW.FAMILIENUNTERNEHMEN.DE